



Stetserfänger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Gr. — Inserionsgebühr für den Raum einer Zeile in der ersten Spalte 2 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 433. Morgen-Ausgabe.

Sechshundertfünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 17. September 1873.

## Die neue Verfassung der evangelischen Kirche.

Die Selbstständigkeit der Kirche ist in der Theorie gewiß ein ganz anerkannter Grundsatz, aber mitunter ist doch der Wunsch gerechtfertigt, daß der Staat, d. h. die gesetzgebende Gewalt nicht ganz bei Seite geschoben wird. Den neuen Synodalordnungen liegt, genau genommen, der Begriff der Selbstständigkeit der evangelischen Kirche zu Grunde; der König als oberster Bischof hat sie in Uebereinstimmung mit dem Oberkirchenrathe und dem Minister für die geistlichen Angelegenheiten — also in Uebereinstimmung mit rein kirchlichen Behörden, denn auch der Minister ist es in diesem Zusammenhange — erlassen; die Staatsgewalt ist dabei ganz ohne Stimme und ohne Rath geblieben. Nur bezweifeln wir hierbei, ob die Reformatoren die Selbstständigkeit der Kirche gerade in diesem Sinne aufgefaßt haben; wir meinen im Gegentheil, daß es ein Hauptvorzug und eine Hauptgrundlage der Reformation war, den Gemeinden das Recht der Mitberathung und Mitwirkung zurückzugeben. Die Anerkennung und Ausübung des Gemeindefreies gehört also unferes Erachtens zum Begriff der Selbstständigkeit insbesondere der evangelischen Kirche. Wollte man also dem Landtage als einer rein staatlichen Körperschaft die neue Verfassung nicht vorlegen, so müßte, meinen wir, durch eine constituirende General-synode den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden, ihr Urtheil abzugeben. Das ist nicht geschehen: die neuen Ordnungen sind octroyirt worden; sie sind Gesetz für die evangelische Kirche, denn auch die später einzuberufende General-synode hat, wie wir uns nach einer genaueren Lectio überzeugt haben, nur über ihre eigene Institution nicht auch über die Kreis- und Provinzial-synoden ein Urtheil abzugeben. Daß sie, wenn sie dem Landtage vorgelegt worden wären, trotz des Herrenhauses anders ausgefallen sein würden, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. Behufs der Kostenbewilligung muß man allerdings den Landtag noch davon Kenntniß nehmen lassen, jedoch an dem Inhalte selbst ist es ihm nicht gestattet, Etwas zu ändern.

Die Grundlage des ganzen Gebäudes ist der Gemeindefreies und die ihm zur Seite stehende Gemeindevertretung; aus ihm gehen die Kreis-synoden, aus diesen die Provinzial-synoden und aus diesen im Allgemeinen (abgesehen von einzelnen Bestimmungen) die General-synode hervor. Wäre die Wahl und Zusammensetzung des Kirchenraths eine auf freisinnigen Grundsätzen beruhende, so würden auch die Synoden der verschiedenen Grade voraussichtlich — denn sicher wäre es auch nicht — eine liberale Gestaltung erfahren.

Ein Fortschritt ist in Bezug auf die Wahl des Kirchenraths nun allerdings zu verzeichnen; die sonderbare Vorschlagsliste des Herrn von Wähler ist nämlich in Wegfall gekommen. Unsere Versuche in kirchlichen Gestaltungen und Einrichtungen haben ja manche eigen-thümliche Specialitäten aufzuweisen; aber von allem Sonderbaren das Sonderbarste war doch diese Vorschlagsliste. Der Geistliche nämlich stellte im Gemeindefreies mit dem Kirchen-Collegium etwa 24—30 — je nach der Größe der Gemeinden — Namen von Männern aus der Gemeinde zusammen, und nur aus diesen Männern, deren kirchliche Selbstverständlichkeit zehnfach bezeugt war, durften die acht bis zehn Mitglieder des Kirchenraths gewählt werden. Man wird uns einräumen, mit größerer Vorsicht konnte man nicht gut zu Werke gehen; eine Wahl noch mehr zu beschränken, war nicht gut möglich.

Nach der neuen Verfassung haben alle selbstständigen wirklichen Mitglieder der Gemeinde das Wahlrecht, und alle Wahlberechtigten sind in die Gemeindevertretung wählbar. Nun, das wäre ja ein recht demokratischer Grundsatz, wenn nur nicht einige kleine Bedingungen hinzukämen, die doch wieder etwas an die eben besetzte Vorschlagsliste erinnern. Nämlich ausgeschlossen vom activen Wahlrechte ist, wer durch Verachtung des göttlichen Wortes oder unehrbaren Lebenswandel ein öffentliches, noch nicht durch nachhaltige Besserung gestilltes Aergerniß gegeben hat (früher hieß es: „durch lafterhaften Lebenswandel“; die „Kreuzzeitung“ steht in dem Ausdrucke, „unehrbaren“ einen Fortschritt, denn es können nun noch Mehrere ausgeschlossen werden). Ausgeschlossen ferner von der Wählbarkeit, also vom passiven Wahlrechte sind alle, welche „durch beharrliche Fernhaltung vom öffentlichen Gottesdienste und der Theilnahme an den Sacramenten ihre kirchliche Gemeinschaft zu betheiligen aufgehört haben.“

Abgesehen von allem Uebrigen liegt in diesen Bestimmungen ein Mißtrauen gegen die Urtheilsfähigkeit der Wähler. Wie die städtischen Wähler Niemanden in die Stadtverordneten-Versammlung wählen werden, von dem sie überzeugt sind, daß er sich um die Stadtverwaltung gar nicht kümmert, so werden auch von selbst die kirchlichen Wähler Niemanden wählen, von dem sie wissen, daß er kein Interesse für die Kirchengemeinde hat, vielmehr sogar ihr schadet. Das ist ja selbstverständlich, wozu also diese Bestimmungen? Und sind dies die richtigen Kriterien? Kann nicht Jemand ein recht lebhaftes Interesse für die Kirche haben, auch ohne daß er so oft den Gottesdienst besucht und so oft an den Sacramenten Theil nimmt, wie es dieser oder jener Geistliche gerade für notwendig erachtet? Und wer entscheidet schließlich über den relativen Ausdruck „beharrliche Fernhaltung“? Der Gemeindefreiesrath, an dessen Spitze der Geistliche steht. Wer beeinflusst die Entscheidung? Der Geistliche, der es ja wissen muß, ob Einer sich vom Gottesdienste oder den Sacramenten beharrlich fern hält. Freilich steht eine Appellation frei, aber an der Vorstand der Kreis-synode, in welchem der geistliche Einfluß ebenfalls überwiegt.

Man sieht, der Kirchenrath wird, nach wie vor der Vorschlagsliste, bestehen aus „kirchlich gesinnten“ Männern, d. h. wie dieser Ausdruck von der Mehrzahl der Geistlichen aufgefaßt wird. Bei einer recht sorgsamsten Interpretation dürfte es nicht schwer fallen, die Mitglieder des Protestantenvereins auszuwählen.

Wie der Kirchenrath, so werden sich, wie bereits erwähnt, die Kreis- und Provinzial-synoden gestalten, die mittelbar und unmittelbar aus ihm hervorgehen. In Bezug auf den Vorstand dieser Körperschaften ist dem geistlichen Elemente immer sorgsam Rechnung getragen.

Trotz aller Mängel der neuen Verfassung jedoch würden wir es für einen großen Fehler erachten, wenn die Wähler dem beliebigen kirchlichen Indifferentismus huldigen wollten; im Gegentheil erachten wir es für die Pflicht jedes Wählers, nicht nur, daß er sich selbst an den Wahlen theilnimmt, sondern auch in seinen Kreisen, so viel an ihm ist, zur Theilnahme anregt. Denn nur dadurch ist die Möglichkeit geboten, Besseres zu erhalten und allmählig diejenige Selbstständigkeit der evangelischen Kirche herbeizuführen, in welcher das Recht der Ge-

meinden zur Mitberathung und Mitwirkung in der weiteren Entwicklung der Kirche außer Frage gestellt ist.

## Die Jesuiten in Brasilien.

Auch in dem südamerikanischen Kaiserstaate Brasilien gehen gegenwärtig religiöse Dinge vor sich, die doch auch für uns nicht ohne Interesse sind. Es haben dort die Jesuiten freie Hand und man kann aus ihrem Vorgehen in diesem Lande sich sehr wohl eine Vorstellung davon machen, was sie bei uns Alles thun und vornehmen würden, wenn sie hier zu Lande ebenfalls nach freiem Belieben schalten und walten könnten. Jedermann weiß, daß die Jesuiten, die sie von oben her erhalten, derartige sind, daß sie ihnen blind und ohne Widerspruch als unumstößlichen Befehlen gehorchen müssen, und daß alle Mittel dem Orden recht sind, um zu seinem Endziele universeller Herrschaft und Unterjochung zu gelangen.

Nun ist Brasilien aber ein völlig katholisches Land, in der Weise, daß die römisch-katholische Religion nicht bloß die Staatskirche, sondern die Religion des gesamten Volkes ist. Das Reich hat zwei Erzbischöfe, elf Bischöfe, einen zahlreichen Klerus, der vom Staate besoldet wird, und eine große Anzahl von Klöstern über das ganze Land verbreitet, und es giebt wohl keinen zweiten Staat mehr, wo die Staatsgewalt sich weniger in die kirchlichen Angelegenheiten mischt als dort. Die römische Kirche herrscht dort mit despotischer Selbstständigkeit. Die Folge davon ist unter Anderem die, daß, obgleich die Landesverfassung alle religiösen Confectionen mit ihren verschiedenen Formen duldet, gleichwohl die römisch-katholische Intoleranz den andern Confectionen das Erbauen von Kirchen verbietet.

Bei alledem zeigt sich aber der brasilianische Klerus und besonders die niedere Geistlichkeit sehr dem Staate ergeben. Große Bildung besitzt der dortige Klerus freilich nicht, aber die Geistlichen sind im Lande geboren und leben in beständigem engem Verkehr mit dem Volke, so daß ihre Abhängigkeit von Rom nirgends zum Ausdruck und Bewußtsein kommt. Sie bilden im Gegentheil eine eigenthümlich nationale Kirche, und ihr Endziel ist, die Aushebung der Chelofigkeit allmählig durchzuführen.

So standen die Dinge bis in die allerneueste Zeit hinein. Jetzt auf einmal haben die modernen ultramontanen Tendenzen auch hier sich geltend gemacht. Es scheint, als ob die Bischöfe neuerdings Instruktionen von Rom her erhalten haben, die hauptsächlich dahin zielen, der Kirche in Brasilien ihren nationalen Charakter zu nehmen. Zu diesem Zwecke hat man fremde Priester massenhaft herübergeschafft und in die Pfründen gesetzt, und es begann die Geistlichkeit ein so herrliches Gebahren, daß sich die Regierung nachgerade genöthigt sah, dieser antinationalen Richtung entgegenzutreten. In Europa hat der Episcopat die revolutionären Bewegungen dazu ausgenutzt, um seinen reactionären Instinkten freien Lauf zu lassen. Das geht aber hier in Brasilien nicht, wo die weltliche Autorität trotz vielfacher Anlässe zum thätigen Eingreifen doch immer ängstlich jede Maßnahme bisher vermieden hat, die einen Conflict mit der Kirche hätte hervorrufen können. Da war es denn jetzt die römische Priesterschaft selbst, die nach der Verkündigung des Syllabus und der Unfehlbarkeit des Papstes in so rückwärtsgeringer Weise vorgegangen ist, daß schließlich der Kampf unvermeidlich geworden ist.

Ein Bischof war es, der den Streit eröffnete. „Ex informata conscientia“, ohne vorherige Untersuchung und aus freier Entscheidung excommunicirte er den Decan von Recife lediglich darum, weil er Freimaurer war. Gleichzeitig weigerte er die Einsegnung der Ehe und das kirchliche Begräbniß für alle Freimaurer, ja er verbot sogar deren Kindern die Taufe. Dieser Gewaltthat machte natürlich in Brasilien, wo diese Kirchenstrafen noch von Wirkung sind, ein großes Aufsehen, und sehr bald schon entstanden bedenkliche Unruhen in Pernambuco. Einer der Excommunicirten wandte sich an den Ministerpräsidenten, den Vicomte von Rio-Branco, der die Sache vor den Staatsrath brachte. Dieser letztere vereinigte sich darauf zu dem Beschlusse, daß eine kirchliche Bulle nur dann Gesetzeskraft im Lande habe, wenn der Kaiser seine Sanction dazu ertheilt habe, und daß demgemäß auch eine von der päpstlichen Autorität ausgehende Excommunication von bürgerlicher Wirkung nur dann sei, wenn die staatliche Genehmigung dazu gegeben worden.

Es fragt sich nun, ob der Bischof von Pernambuco und seine Gefinnungsgenossen in ihrer Präntension verharren und sich fernerweit das Recht anmaßen, unabhängig von der weltlichen Obrigkeit entehrende Strafen, — denn für eine solche gilt die Excommunication noch in Brasilien, — zu verhängen. So viel scheint gewiß, daß der brasilianische Premierminister auf ihre Provocation dadurch antworten wird, daß er die Civilehe zum Gesetze macht, eine Maßnahme, durch welche er gerade eines der größten Privilegien des römischen Klerus zerstören würde. Fest steht dabei freilich, daß der Papst in einer seiner Allocutionen, woran die Kreuzzeitung so reich ist, die brasilianischen Bischöfe dazu anspornt, in dem Kampfe, den sie unternommen, rücksichtslos auszuharren, und die Excommunication der Freimaurer ausdrücklich bekräftigt. Zufällig ist nun aber gerade der Premier-Minister auch Freimaurer. Nach dem katholischen Kirchenrechte ist sonach der Kaiser von Brasilien selber dem Kirchenbann verfallen, dadurch, daß er einen Excommunicirten an der Spitze seiner Regierung fernerweit beläßt.

So ist nun die jüngste Situation in Brasilien diese, daß beide Parteien im Kampfe einander gegenüberstehen. Auf der einen Seite der Papst, der offen den Klerus zur Revolte auffordert und schon an mehreren Bischöfen gehorsame Diener findet, unter anderen am Bischof von Bahia, der unerbittlich allen Excommunicirten jede Theilnahme an den kirchlichen Sacramenten verweigert; auf der anderen Seite dagegen die Regierung, die von allen Seiten nachdrückliche Unterstützung findet, welche die kirchlichen Uebergriffe nicht im Lande dulden wollen. Unmöglich kann die Lage so längere Zeit bleiben, ohne eine Reife und Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite hin herbeizuführen.

## Breslau, 16. September.

Bekanntlich war in der letzten Zeit viel von den Ersparnissen die Rede, welche bei der Occupationsarmee gemacht worden sind. Die in Berlin erscheinenden „Deutschen Nachrichten“ bringen jetzt darüber folgende, wie es scheint, aus guter Quelle stammende Mittheilung: „Die Demobilisirung der Truppen der Occupationsarmee wird sofort nach der Rückkehr derselben in ihre betreffenden Garnisonen stattfinden, bei welcher Gelegenheit wie auch bei früheren Demobilisirungen den Offizieren Retablissementsgelder gewährt

werden sollen, die je nach den Chargen verschieden bemessen sind. So sind für den Lieutenant 200 Thlr., für den Hauptmann 400 Thlr. und für die höheren Chargen entsprechend höhere Beträge in Aussicht genommen. Außerdem sollen die einzelnen Truppentheile noch Gelder zur Verfügung erhalten, um Remunerationen und Demobilisationsgeldzuschüsse an Beamte z. gewähren zu können. Das Geld zu diesen Zuwendungen soll, wie jetzt versetzt worden, aus den Fonds genommen werden, die bei der Occupations-Armee selbst durch die geringere Präsenzstärke und durch die Ersparnisse an den Rationen (man hatte z. B. statt der starken Kriegsrationen den wenig beschäftigten Pferden schon aus Gesundheitsrücksichten schwächere reichen lassen) erübrigt worden sind. Der Kriegsminister habe diese ersparten Gelder für den Militärfiskus in Anspruch zu nehmen beabsichtigt, da jedoch Seitens des Finanzministers darauf hingewiesen wurde, daß dieselben Eigenthum des Reiches und insbesondere der Occupations-Armee als solcher seien, so einigte man sich dahin, die Gelder im Interesse der zur Occupationsarmee gehörigen Truppen zu verwenden. Ein Drittel der gesamten Summe soll für den oben erwähnten Zweck, ein zweites Drittel für das Retablissement des Materials der betreffenden Truppentheile und das letzte Drittel für einen speciellen Unterstützungsfonds, welcher für die Invaliden und sonstigen Hilfsbedürftigen dieser Truppentheile gebildet werden sollen, verwandt werden. Man beabsichtigt, dem Reichstage seiner Zeit eine besondere Vorlage Behufs Genehmigung dieser Vorschläge zugehen zu lassen.“

Die gesamte innere Politik in Oesterreich wird gegenwärtig von der Wahlbewegung absorbiert; Wahlaufsätze, Candidatenlisten und Wähler-versammlungen beherrschen das Terrain. Die Wahlen für das Abgeordnetenhaus finden in den verschiedenen Ländern in der Zeit vom 14. bis 28. October statt.

Ein dem auswärtigen Ministerium nahestehendes österreichisches Blatt, die „Montags-Revue“ beschäftigt sich heute mit dem bekannten Artikel des „Preussischen Volksblatts“ über die Reise des Königs von Italien nach Berlin. Es scheint, daß der erwähnte Artikel in Wien nicht angenehm berührt hat, denn das officiöse Blatt schreibt:

„Ein Artikel des hiesigen „Preussischen Volksblatt“ über die Reise des Königs von Italien ist als officiös und mit der Bezeichnung „Dign Bismarck“ nach außerhalb telegraphirt und ihm dadurch eine gänzlich unbedeutende Bedeutung beigelegt worden. Der betreffende Artikel sowie frühere Sensationsartikel desselben Blattes (über General Manteuffel z. B.) entfallen durchaus nicht der Umgebung des Reichskanzlers, welcher denselben gänzlich fern hielt und durchaus nicht geneigt sein dürfte, diese Ladung mit seiner Flagge zu bedecken. Mit dem Zusammenhange der Dinge vollständig vertraut, kann ich Ihnen auf das allerbestimmteste versichern, daß der Reichskanzler sehr ungehalten sein würde, wenn er erfähre, daß ihm derartige ziemlich geschickte aber meist unjuridische oder weit übertriebene Combinationen in die Schuhe geschoben werden. Das „Preussische Volksblatt“ gehört zwar den Hamburger Eigenbüchern der „Nordd. Allgem. Ztg.“, hat aber seine eigene Redaction, Verwaltung und Druckerei, und mit dem genannten ministeriellen Organ keinen Zusammenhang. Dasselbe hatte die Bestimmung, den sogenannten „Allconserbativen“ als Organ zu dienen, nachdem diese sich von der „Kreuzzeitung“ getrennt, und, wenn auch als solches gera gesehen, ist seine Stellung doch bei weitem nicht derartig, um in Fragen der großen, namentlich der auswärtigen Politik, als autorisirt gelten zu können.“

Wir glauben nicht, daß die Ausführungen des österreichischen Blattes richtig sind. Unseres Wissens wird das „Preussische Volksblatt“ allerdings zu officiösen Auslassungen benutzt; daß aber der in Rede stehende Artikel nicht bloß Ansichten der Redaction des „Pr. Volksbl.“ enthält, beweist gerade den Umstand, daß das „Wolfsche Telegraphen-Bureau“ denselben auf telegraphischem Wege weiter verbreitete.

Die italienische Presse zeigt sich durch den Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris, in dem sie das Stärkste findet, was die clericale französische Presse bis jetzt gegen Italien laut werden ließ, auf das Tiefste verlegt. Nicht minder aufgebracht ist aber auch der römische Fiskus gewesen, welcher zwei Blätter, „Popolo Romano“ und „Voce della Verità“, mit Beschlag belegt hat, weil sie den Hirtenbrief wörtlich abgedruckt hatten. Die „Opinione“ bebauert diese Beschlagnahme, indem sie bemerkt:

„Unsere Leser verlieren dadurch ein Stück clericaler Verehrsamkeit, das Alles leidet, was Fanatismus, Lüge und Heuchelei im edlen Bunde gegen eine ganze Nation zusammenkämpfen können. Der Erzbischof von Paris weitest in Anklagen und Verwünschungen gegen Italien mit der gemeinsten, wüthendsten Winkelpresse und er feiert die größten Triumphe über sie. . . . Er und die Partei, zu welcher er gehört, können nun einmal nicht anders als in Flüchen und Verwünschungen reden und schreiben, und wir sind schon lange daran gewöhnt. Wohl aber wandern wir uns, daß der erste geistliche Würdenträger von Paris in einem officiellen Actenstücke, das der Hirtenbrief doch ist, in Frankreich eine solche Sprache führen darf, in einem Lande, wo das Exequatur für minder wichtige Documente erforderlich ist, wo die Geistlichkeit vom Staate salarirt ist und wo sie nicht den hundertsten Theil von dem, was sie gegen Italien schreiben darf, ungestraft gegen Frankreich sagen dürfte. . . .“

Unter den Nachrichten aus Frankreich ist vor Allen die Berichtigung hervorzuheben, welche einer Depesche des Wolfschen Telegraphen-Bureau's durch die französische Regierung zu Theil geworden ist. Ein Pariser Privat-Telegramm der „N. Z.“ vom 14. v. Mts. meldet darüber Folgendes: „Die heute hieselbst eingetroffenen Berliner Journale enthalten ein Pariser Telegramm, wonach der Herzog von Broglie in der letzten Sitzung der Permanenz-Commission geäußert haben soll, „die französische Politik acceptire die gegenwärtige Lage der in Europa bestehenden Verhältnisse und wolle keine Veränderung derselben herbeiführen.“ Ich halte für angemessen zu constatiren, daß diese ganze Phrase in Wirklichkeit vom Minister nicht ausgesprochen wurde, dieselbe ist auch in keinem der hier veröffentlichten Sprechberichte enthalten.“ — Briefe aus Verbum schildern den Abzug der Preußen, sowie den Einzug der französischen Truppen, welcher ohne jeden Zwischenfall und in großer Ruhe von Statten ging. Die Einfindung des „Times“-Correspondenten, daß die preussische Behörde noch im letzten Augenblicke eine Million Franken für die Postverwaltung beansprucht habe, wird von den officiösen französischen Blättern widerlegt; im Gegentheil habe die preussische Intendantur an Saint-Ballier am Freitag 25,000 Franken zurückgezahlt, welche für den Unterhalt der deutschen Truppen bis zum 20. September bereits im Voraus entrichtet waren, während die Räumung um fünf Tage früher erfolgte.

Wie eine Pariser Correspondenz der „N. Z.“ hervorhebt, veröffentlicht das „Univers“ häufig „von den Grenzen Deutschlands“ datirte Briefe über deutsche Angelegenheiten, die meistens ganz tolles Zeug enthalten und die ersichtlich von irgend einem Alban Soli verfaßt sind. In der am 13. d. ausgegebenen Nummer figurirt auf der ersten Seite des „frommen“ Blattes einer dieser Briefe, der gewiß deutlich genug zeigt, wie weit unsere Römlinge bereits gelangt sind. Der Correspondent des „Univers“ erzählt nämlich Folgendes:



„Ich kann dem Wunsche nicht widerstehen, Ihnen eine Aeußerung zu wiederholen, welche ich dieser Tage von einem deutschen Bauern hörte. Es ist ein einfacher, wenig unterrichteter Mann, der niemals sein Dorf verlassen hat, aber ein guter Katholik. Ich befragte ihn über den Einbruch, den die Verfolgung der Kirche in seiner Umgebung machte. Er theilte mir zuvörderst einige Einzelheiten mit, die ihm eine tiefe, mit Horn vermischte Trauer verursachten, dann fügte er hinzu: Unsere Souveräne sind gegen Gott, was können wir armen Leute da machen? — Glücklicherweise, sage ich, geben die Souveräne vorüber, während Gott unsterblich ist. — Das ist wahr, antwortete er, und was mich anbelangt, würde ich mich schon gebildet, wenn ich nicht sähe, wie unsere Kinder in allen Schulen vergiftet werden. Das kann auch nicht lange mehr so dauern, und ich würde sicher bezweifeln ohne die guten Nachrichten aus Frankreich. Ich fragte ihn, was er darunter verstehe. Man erzählt, sagte er, daß Frankreich einen katholischen König erhalten wird, daß das ganze Volk in diesem Lande betet und wallfahrtet. Wenn das wahr ist, werden wir bald einen römischen Kaiser haben und der wird schon die Welt wieder in Ordnung bringen. Ich gestehe, daß ich ihn zuerst nicht begriff und ihn bat, seine Aeußerung zu wiederholen. — Aber ja wohl, wiederholte er, wenn es einen einzigen katholischen König giebt, so ist das hinreichend, um aus demselben einen römischen Kaiser zu machen. Den haben wir nötig, um den Papst zu besetzen und um das Recht zu erlangen, unsere Kinder zu erziehen. — Sie werden begreifen, daß man so etwas nicht erfinden kann und daß diese lebendige Erinnerung an Carl den Großen mich auf's Tiefste bewege. Der alte Bauer verstand nichts von der Politik, aber in seinen Augen ist ein römischer Kaiser ganz etwas anderes als ein Kaiser von Deutschland. Wilhelm, dessen Unterthan er ist, zählt nicht, weil er nicht katholisch ist. Ich bin überzeugt, wäre Franz Joseph in seinen Werken katholisch, der brave Mann würde ihn als römischen Kaiser bezeichnen haben, ohne sich zu erkundigen, ob er wirklich diesen Titel führt. Das was er wünscht, das was er hofft, das ist ein Richter, bewaffnet für die Sache Gottes und der christlichen Familien.“

Der Graf von Chambord, „römischer Kaiser“; „après cela il faut tirer l'échelle“, sagt das französische Sprichwort.

Von den englischen Blättern wird dem Schlusse der Occupation des französischen Grenzgebietes die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen. In dem hierauf bezüglichen Zeitartikel hält es die „Times“ insbesondere für ihre Pflicht, den deutschen Truppen das Lob, welches ihnen auch in dieser Rücksicht gebühre, nicht vorzuenthalten und bemerkt dabei wörtlich:

„Die Deutschen sind unter der strengsten Manneszucht gehalten worden. Die Aufmerksamkeit der kommandirenden Officiere war eine unausgesetzte und diese wurden wieder von ihren Untergebenen in einer Weise unterstützt, als ob sie sich darüber klar wären, daß ein anscheinend geringfügiger Ausbruch zu beunruhigenden Folgen führen könnte. Der Beweis für ihre gute Führung liegt in dem vollständigen Mangel an Beschwerden ausgeprochen. Während des Krieges förderte die erhöhte Einbildungskraft des von der Invasion heimgeführten Volkes die tollsten Grenzgeschichten zu Tage. Während der dem Friedensschlusse folgenden Occupation haben diese Märchen sich allmählich verloren. Wenn irgend etwas vorgekommen wäre, so hätten wir sicher davon vernommen, denn an Öffentlichkeit hat es nicht gefehlt, und die Presse in den betreffenden Bezirken ist stets sehr freigiebig mit ihren Erörterungen gewesen. Es ist in der That nie eine bewaffnete Macht besser in der Hand gehalten und fester von aller Tyrannei über ein besiegtes Volk zurückgehalten worden. Auf der anderen Seite haben die französischen Behörden ebenfalls bedeutende Ruhe und Selbstbeherrschung bewiesen und auch von diesen Eigenschaften einen guten Theil dem Volke, welches sie vertreten, mitgetheilt. Der Gallier hat sich durch sein aufrechterhalten Wesen nicht zu Streitigkeiten verleiten lassen, noch hat ihn die Anwesenheit der fremden Besatzung zu tödtlichen Acten der Rachsucht getrieben. An den meisten Orten haben die Einwohner die Abicht, mit den fremden Truppen keine Gemeinschaft zu pflegen, ausgeführt, allein sie haben damit nur gefehlt, was ihr gutes Recht war, und den Deutschen keinen Vorwand zu Klagen und Strengung gegeben.“

Auch der conservative „Standard“ ähnt sich in sehr anerkennender Weise über die Haltung der deutschen Truppen, bemerkt jedoch, auf den französischen Character anspielend, man dürfe sich nicht wundern, wenn nach dem Abzug der wohlgeordneten Truppen des Generals von Manteuffel eine neue Aufwärmung von Schreckensgeschichten folge, von denen man bisher nichts gehört. „Es steht über allen Zweifel fest — heißt es im Weiteren — daß die Occupation mit einer Vermeidung alles was herausfordern konnte und mit einer Rücksicht seitens der Sieger aufrechterhalten worden ist, die geradezu ohne Beispiel dastehen, allein wie ein französisches Sprichwort sagt, der Abwesende hat immer Unrecht.“

Ueber die Mitglieder des neuesten spanischen Ministeriums und über das Programm des Letzteren entnehmen wir einer Madrider Correspondenz der

„N. fr. Br.“ vom 9. d. M. einiges Nähere. „Das neue Cabinet“, heißt es in derselben, besteht aus nachfolgenden Mitgliedern: Präsident ohne Portefeuille: Castelar; Aeußeres: Carbajal; Justiz: Del Rio; Finanzen: Pedregal; Marine: Dreiro; Krieg: Sanchez Bregua; Inneres: Maitonabaz; Fomento: Gil Berges; Colonien: Soler y Pla. Senor Carbajal wollte durchaus auscheiden, und der Präsident der Exekutivgewalt wendete sich telegraphisch nach Sevilla, wo der Deputirte und Banquier Calzad o sich eben befand, ihm das Portefeuille der Finanzen anbietend. Senor Calzad o lehnte ab. Wenn man 50 Millionen Pesetas eigenes Vermögen zu verwalten hat, ist allerdings das gedachte Portefeuille heute eine zu schwere Bürde. Warum nun Carbajal, da er endlich und legitime Mitglied des neuen Ministeriums geblieben, aus dem Palaste in der Calle Alcalá nach dem ehemals königlichen — wo sich das Staatsministerium befindet — abgestiegele, ist bis zu dieser Stunde noch ein ungelöstes Räthsel. Inzwischen arbeitet Carbajal bereits an einem für alle auswärtigen Cabinette bestimmten Circular.

„Pedregal, als Vice-Präsident der Assemblée in weiteren Kreisen bekannt, ist ein durch Kenntnisse und Character gut belumundeter Advocat aus Santander, welche Stadt er im Congresse repräsentirt. Wie erinnerlich, hätte er schon bei Bildung des Cabinets Pi y Margall ins Ministerium treten sollen, und demonstrirte damals die Opposition gegen ihn, indem an allen Straßenenden riesige Placate erschienen: „Wer ist Pedregal?“ Selbstredend nicht aus diesem, sondern aus anderen Gründen nahm er damals das Portefeuille nicht an. Del Rio ist ein Advocat von Ruf aus Sevilla, der wegen seiner Rührigkeit im Schoße der Majorität gleichfalls schon bei mehreren Cabinetbildungen in Aussicht genommen wurde. General Sanchez Bregua, der schon unter O'Donnel und später unter Prim einen hohen Posten im Generalstab einnahm, noch vor wenigen Tagen Obergeneral der Nordarmee, scheint über das jüngst berichtete, glücklicherweise nun als Intention zu den Todten geworfene Intermezzo in Logronno befriedigende Aufklärung gegeben zu haben. Die übrigen Minister sind bekannt.

„Das Regierungsprogramm, mit welchem der neuwählte Chef der Regierung vor die Kammer trat, bietet außer den in jüngster Zeit mehrfach ausgesprochenen leitenden Gedanken eine lange Reihe großer, mit ungewöhnlicher Präcision aufstretender Maßregeln, die sammt und sonders die carlistische Insurrection niederwerfen und die öffentliche Ordnung und die gesegneten Zustände im ganzen Lande als unerschütterlich verbürgen sollen. Nicht wenig bezeichnend für die selbstbewußte Entschlossenheit in diesem Programme ist das Urtheil der Alfonsisten und Carlsten über dasselbe. „Selbst Gonzalez Bravo“, rufen sie schadenstroph aus, „hätte keine andere Rede halten können“, worauf die Republikaner jedoch mit Recht entgegnen, daß, „ganz abgesehen von dem kategorischen Imperativ der schweren Kriegsnähe, Gonzalez Bravo für die Theorie und den Absolutismus einstand, während Castelar unter der Standarte aller demokratischen Institutionen nur zu Gunsten eben dieser letzteren gesprochen hat und hoffentlich auch — handeln wird.“

## Deutschland.

— Berlin, 15. September. [Die städtische Armenpflege. — Die Einigungsämter. — Die kirchlichen Verhältnisse der Juden. — Die Revision des Eisenbahngesetzes.] Die durch die Reichsgesetzgebung eingeführte unbeschränkte Freizügigkeit hat jetzt ein Zeugnis ihrer hohen Brauch- und Anwendbarkeit durch die, in dieser Beziehung gewiß competente hiesige Armendirection erhalten, welche in ihrem das vorige Jahr umfassenden Berichte über die Verwaltung der städtischen Armenpflege ausdrücklich hervorhebt, daß die unbedingte Freizügigkeit selbst für die großen Städte, speciell für Berlin, nicht die von principiellen Gegnern derselben gefürchteten Nachtheile zu erzeugen, sondern in sich selbst einen Regulator zu haben scheint, indem leichtsinnige Zugzüge bald den Ort, an welchem sie ihren Unterhalt nicht finden, verlassen. Insbesondere treffe dies bei Arbeitnehmern zu, die in der Hoffnung auf guten Erwerb ein neues Domicil vorübergehend begünstigen, aber es auch bald wieder aufgeben, wenn sie sich getäuscht sehen. Auch der neuen Armengegebung wird entschieden Lob gespendet, weil sie immer mehr eine einheitliche Entwicklung zum Vortheil der verpflichteten Armenverbände sowohl, als

der ihrer Unterstützung bedürftigen Individuen gewonnen hat, und die große Zahl der Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten in Folge mannigfacher, grundsätzlich wichtiger Entscheidungen der beteiligten Verwaltungsbehörden in Abnahme begriffen ist. — Die Frage wegen Einführung der Einigungsämter als öffentliches Institut stößt in fach- und sachkundigen Kreisen auf mannigfachen Widerspruch, der auch dem Handelsministerium auf geordnetem Wege zur Kenntniß gebracht worden ist. Namentlich können sich die, viele Arbeiter beschäftigenden Kreise mit jenen Aemtern nicht befunden, weil sie gleichsam den Kampf der Arbeiterhüter als einer Partei, mit den Arbeitgebern, als der andern Partei darstellen. Die Einigungsämter könnten, nach der dort vertretenen Ansicht, nicht eher eine Wirksamkeit haben, als bis die Arbeiter und Arbeitgeber eine feste Organisation jede in sich selbst gebildet haben, in welcher sich jedes Mitglied verpflichtet, den Gesetzen der Gesamtheit zu gehorchen. Ohne diese Organisation würden sie nur Nothbehelfe für vorübergehende Mängel sein. Aber selbst diese Organisation wäre nicht wünschenswerth, weil ihre Consequenz die Entwicklung eines Arbeiterstandes wäre, der als Stand politische Geltung zu erringen suchen muß und sich in Folge dessen von den übrigen abschließt, auch leicht einen Feudalismus des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Man mag nun über diese Ansicht denken wie man will, Hervorhebung verdient sie jedenfalls. — In den Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern hat sich massenhaft Material für die Revision der die kirchlichen Verhältnisse der Juden in den acht alten Provinzen des preussischen Staats betreffenden Gesetzgebung angehäuft, indem von den Beteiligten vielerlei Denkschriften und Anträge vorliegen. Die Be- und Verarbeitungen dieses Materials ist schon seit längerer Zeit im Gange, und es läßt sich daher annehmen, daß schon in der nächsten Session den beiden Häusern des Landtages eine darauf bezügliche Vorlage zugehen wird. Das Gesetz vom 23. Juli 1847 führt eigentlich schon seit einem Vierteljahrhundert ein nur künstliches Dasein, und es ist ja bekannt, daß 1849 schon die damaligen Minister der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und der Justiz (bekanntlich keine Liberalen) das in Rede stehende Gesetz nicht mehr in Kraft befindend erklärt hatten und seine Anwendbarkeit nur für die Civilstandsverhältnisse gelten lassen konnten. — Man nimmt an, daß das Reichs-Eisenbahn-Gesetz bald eine Revision der bestehenden Eisenbahn-Gesetzgebung veranlassen und auf diesem Gebiete die längst gewünschte Einheit herbeiführen werde. Namentlich bedarf das preuss. Eisenbahngesetz vom 3. Nov. 1838 vielfach der Revision, zumal es zu einer Zeit entstand, da Preußen nur eine einzige, 3½ Meilen lange Eisenbahn, die von Berlin nach Potsdam, hatte. Den damaligen Anschauungen getreu, athmet es einen streng fiscalischen Geist und hat das Bestreben, die Eisenbahnen der Staatskasse dienstbar zu machen. Besonders hat sich der damalige Postchef, Nagler, ein wüthender und beschränkter Gegner der Eisenbahnen, ganz besondere Vortheile für das von ihm geleitete Institut ausbedungen. Trotz aller Mängel und Schwächen hat sich das Gesetz bis jetzt behauptet, während man mit der Zeit doch andere und bessere Erfahrungen gemacht hat. Freilich enthalten die jetzt erscheinenden Concessions-Urkunden auch noch allerlei Einschränkungen und Beengungen, an deren Abhilfe auch wird gedacht werden müssen.

□ Berlin, 15. September. [Die Herkunft Reudels und der Unterstaatssecretärposten. — Herr von Balan. — Der italienische Besuch und Fürst Bismarck. — Liberales Wahlplacat in den Rheinlanden. — Fortschrittler Candidat für Graubünden. — Geistlicher Abgeordneter (Dr. Michaelis. — Schulze-Dehlsch. — Moritz Jockay.) Die Ueberreichung des Einladungsschreibens Kaiser Wilhelms an Victor Emanuel durch den Botschafter von Reudell steht in keinem Zusammenhang mit der Reise des Letzteren nach Berlin. Herr von Reudell hat einen Urlaub erhalten und erhalten, ohne daß seine Gegenwart während des Besuches des Königs von Italien an unserem Hofe als opportun erachtet wurde. Ebenfalls steht die Herkunft des Herrn von Reudell mit der Beförderung des Unterstaats-Secretär-Postens in Verbindung, wie trotz der officiellen Widerlegung von anderer Seite

## Stadt-Theater.

„Martha“ von Flotow.

Das Hauptinteresse der Kritik concentrirte sich diesmal auf Herrn Buschmann, nicht sowohl deswegen, weil seine letzte Leistung der selten schwierigen Aufgabe eines Almaviva gegenüber als unzureichend sich erwies, sondern weil ein junger Tenor in der an dieser Stimmgattung so blutarmen Neuzeit stets mit Recht das Privilegium auf eingehendere Beachtung beansprucht.

Das welche, angenehm klingende und auch biegsame Organ, wie die ganze Persönlichkeit weisen Herrn Buschmann die rein lyrischen Tenorpartien eines L'hoel, Gomez, Tamino u. A. als das Feld seiner künftig vielleicht recht erfolgreichen Thätigkeit an. Er gebietet schon über eine respectable Höhe, die er ansehnlicher ohne Kraftanstrengung benutzt, das Männlich-Charaktervolle der Stimme zeigt sich jedoch bei dem jugendlichen Alter des Sängers vorläufig erst in einer beschränkten mittleren Tonlage, wie es überhaupt der ganzen Stimme noch an intensiverer Stärke und leidenschaftlicher Schwingung — nicht zu verwechseln mit dem fehlerhaften Tremuliren — gebricht. Die Aussprache ist nicht ganz frei von Härten, im Uebrigen läßt sich aber dem Vortrag der sentimentalen Stellen eine gewisse Einfachheit und Herzlichkeit wohl nachrühmen, was denn auch den Erfolg der beliebten F-dur-Arie begründet. Von seinem Spiel können wir zur Zeit nichts Anderes berichten, als daß es durchaus primitiver Natur ist. — Ob nun bei diesem eifrigen Nebeneinander von Vorzügen und Schwächen gerade die Breslauer Bühne als die geeignete Arena erscheint, um aus der Anfängerschaft zum Künstler sich zu entwickeln, bezweifeln wir zunächst an dieser Stelle lediglich im Interesse des Herrn Buschmann.

Die Coloraturen des Frl. Hysel empfahlen sich wiederum durch Correctheit, Leichtigkeit und Glätte der Ausführung, in der Darstellung gefiel und allerdings die Martha ungleich besser, als die Lady Harriet, von welcher wir noch feinere Tournüre und pointirtere Diction wünschten. Wenn auch der Individualität des Frl. Borée die anmuthige Drollerie der Nancy nicht grade zusagt, so verstand sie doch neben einer vortrefflichen musikalischen Leistung durch Lebendigkeit des Spiels den Zuschauer über das hinwegzuleiten, was sie trotz aller Künstlerkraft sich nie wird zu eigen machen können. Aber das hochrothe Jagdgewand, verließ es nicht gegen alle Kleiderordnung? Wie einfach war dagegen eine andere Amajone — in der Duffelsje!

Durch mehr Munterkeit und Laune würde Herr Robigot, welcher sonst die Plunket-Partie gewandt und namentlich im Portefeuille mit glänzender Beroz durchführte, der vom Textdichter so glücklich gezeichneten Figur zu wesentlich höherer Wirkung verhelfen, wohingegen Herr Weiß vor allen Dingen den Lord Tristan Milsford als verliebten, eingebildeten Aristokraten, der aber die Freierjahre längst im Rücken hat, aufzufassen mußte, um den Intentionen des Librettisten nahe zu kommen.

In specifisch musikalischer Beziehung fanden wir diesmal Etwas zu erinnern, was wir an die Adresse des Herrn Kapellmeisters Müller

gelangen lassen müssen. Es betrifft dies die richtige Klangwirkung der Ensemblestücke. Wenn wir z. B. ein Quartett haben, in welchem Alt und Bass durch so voluminöse Organe vertreten sind, wie solche Frl. Borée und Herr Robigot besitzen, so müssen die Künstler, welche auf Scene stehen und in der Polyphonie schwer die Wirkung ihrer und der nachbarlichen Stimmen beurtheilen können, aufmerksam gemacht werden, wann sie hervorzutreten haben oder zurücktreten sollen, damit sich nicht eine Mittel- oder Grundstimme auf Kosten der melodieführenden breitet macht. Die Nichtbeachtung dieses Erfordernisses that bei der letzten Aufführung den hübschen Quartetten erheblichen Eintrag.

Die Chörebenen ließen ein sorgfältiges Arrangement vermissen und daß das Orchester in dieser letzteren Oper so verstimmt war, that uns aufrichtig leid.

## Die Schutze des Marschalls von Contades.

Der Herzog von Broglie war während des 7jährigen Krieges als Sieger in die Festung Minden eingezogen, die ganze Besatzung und 22 Kanonen in seinen Händen. Die unerwartete und rasche Einnahme der Festung hatte den Herzog Ferdinand von Braunschweig, den Führer der verbündeten Armee, zwar in große Verlegenheit gesetzt, aber er ließ sich dadurch nicht aus der Fassung bringen, sondern rückte dem Feinde immer näher und verlegte sein Hauptquartier etwa 1 Meile nördlich von Minden entfernt, während der Marschall von Contades seine Hauptarmee in ein Lager bei Minden zusammenzog und so dem Feinde die Spitze bot.

„Man muß dem Volke noch mehr auf den Leib rücken“, sagte der General-Quartiermeister Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe, einer der Helden der Schlacht bei Minden.

Am 29. Juli brach daher der Herzog Ferdinand von Braunschweig mit seiner Armee auf und nahm eine feste Stellung in der Nähe des Feindes ein. Schien es auch, als sähen die Franzosen alle diese Vorbereitungen mit Gelassenheit an, so operirten sie doch natürlich im Stillen auch; denn ein Theil ihrer Armee stand bei Herford und drohte abgeschnitten zu werden; dies zu verhüten war vorläufig ihre wichtigste Aufgabe.

Am 29. Juli stürzte der Amtsdieners des Rathhauses in das Arbeitszimmer des Bürgermeisters Schrader.

„Herr Bürgermeister“, sagte er, auf die Thüre zeigend, „da ist Einer, der Euch sprechen will.“

„So laß ihn kommen.“

„Na, der kommt schon allein; ich woll's Euch nur sagen, denn so Einer will nie etwas Gutes, da muß man vorbereitet sein. — Da ist er schon“, sagte er, einen wüthenden Seitenblick auf den Eintretenden werfend.

„Du verdammter Franzose“, brummte der Alte zwischen den Zähnen, „war' nur, ich denke, wir machen dir bald noch eine größere Thür auf als diese hier,“ und damit er ja nicht in zu nahe Berührung mit ihm komme, — denn er traute der Bosheit seiner eigenen

Faust nicht, — drückte er sich an die Wand und schob sich leise hin- aus.

„Herr Borgemeister, der Marschall kommandirt, Sie zu sprechen,“ sagte der eintretende Offizier.

Der Bürgermeister erhob sich und folgte stumm dem Befehl, wenn auch sein treues Herz in der Brust sich widersetzte.

Als er bei dem Herzog von Contades eintrat, fand er ihn in gelassener Ruhe beim Frühstück. Keine Muskel seines Gesichts verräth eine innere Bewegung.

„Schafft mir einen zuverlässigen, aber verheiratheten Mann, Bürgermeister, den ich als Boten nach Herford zum Herzog von Braunschweig senden kann, aber gleich!“

Dann gab er ihm ein Zeichen, daß er entlassen sei.

Schrader wußte zwar, daß die Aufgabe nicht leicht zu erfüllen, denn die guten Minden-Ravensberger haben sich immer ausgezeichnet durch Ehrlichkeit, Ebedkeit und Treue. Sie dienten keinem Franzosen, und wäre es um alle Schätze der Welt, wenn nicht ein Befehl sie dazu zwang.

Auf dem Rückwege besann sich Schrader hin und her, wen er dem Marschall als Boten senden könnte.

Da begegnete ihm der Schiffer Jock Heinrich Lohrmann, ein Mindener Bürger von der Fischerstadt; er war Matrose gewesen und hatte auf seinen Reisen die englische und französische Sprache erlernt. Den schickte die Gott, dachte Schrader, das ist der Mann zu solcher Sendung, denn er wußte, daß dieser sich lieber hängen lassen würde, als an seinem Vaterlande zum Verräther werden, wenn man etwa einen solchen Dienst von ihm verlangen sollte.

Der Bürgermeister theilte ihm den Befehl Contades mit.

„Nein, Herr Bürgermeister“, sagte Lohrmann mit Entschiedenheit, „der mag sich einen andern Boten suchen.“

„Freund, weigert Euch nicht, bedenk, der Feind ist in unserer Stadt, und weil ich Euch vertraue, dachte ich an Euch. Ihr versteht französisch, das kann uns nützen, aber vor Allem laßt es Euch nicht merken, Lohrmann, und geht.“

„Na“, sagte er dann, als er einen Augenblick stumm dagesanden, „mehr als den Kopf kann's mir nicht kosten, denn meine Ehre, Herr Bürgermeister — die nehme ich mit in's Grab; wie es auch kommen mag, und Weib und Kind gebe ich in Gottes und in Euren Schut.“ — und ging zum Marschall.

Contades war mit der Wahl des Boten zufrieden, er ließ einen Beamten kommen, der ihm als Dolmetscher bei seinem Auftrag dienen sollte und dem Lohrmann begreiflich machen mußte — daß er — ein Paar Schutze an den Herzog von Braunschweig zu bringen habe, wonach die von der Stadt Herford zu liefernden 2000 Paar für die Armee angefertigt werden sollten.

Das war, was man ihm sagte und was er hören sollte, aber Lohrmann hörte mehr, auch das, was nicht für sein Ohr bestimmt war;



mit einer gewissen Hartnäckigkeit behauptet wird. Herr von Krenell stand schon seit 6 Wochen außerhalb der Combination. Ein anderer Diplomat dürfte im Augenblicke bereits designirt sein, doch wird über die Wahl noch ein erklärliches Stillstehen beobachtet. Man fürchtet nämlich eine Wiederholung der unangenehmen Einwirkung an eigentlicher maßgebender Stelle, wo der Reichskanzler noch keinen entscheidenden Schritt für die Bestätigung seines Candidaten zum Posten des Unterstaatssekretärs gethan haben dürfte. Scheiterten doch die Bemühungen des Herrn von Balan an der ablehnenden Haltung des Königs, für die nur äußere Gründe, namentlich die publicistische Behandlung der Angelegenheit, vorlagen, und zu deren Befestigung vom kaiserlichen Bismarck nichts beigetragen wurde. — Fürst Bismarck lehnt seinen Freunden gegenüber die Einflussnahme auf den Besuch des Königs von Stalien am hiesigen Hoflager ab. Dies hat selbst auf offizieller Seite zu der Annahme geführt, daß die Hierherkunft des Reichskanzlers zur Zeit der Anwesenheit Victor Emanuels nichts weniger als gewiß sei. Dem wird von unterrichteten Personen widersprochen. Der diplomatische Apparat ist auf italienischer Seite in Bewegung gesetzt worden, und es wäre eine Verletzung der conventionellen Rücksichten, wenn dem Marquis Visconti Venosta ein Stellvertreter des diesseitigen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten entgegengestellt würde. Jedenfalls wird Fürst Bismarck gute Gründe haben, wenn er dem Gerüchte von dem bevorstehenden Abschlusse eines Schutz- und Trugbündnisses mit Stalien ein entschiedenes Dementi geben läßt. Bezeichnend ist es, daß in seiner Umgebung dem österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Andrassy, das Verdienst beigemessen wird, den italienischen Besuch am Wiener und Berliner Hofe herbeigeführt zu haben. — Die hiesigen Mitglieder des nationalliberalen Landesauschusses beklagen sich lebhaft darüber, daß in der Rheinprovinz die Parteigenossen den Klerikalen gegenüber keine Rührigkeit vermissen lassen. Da die Fortschrittspartei trotz ihrer größeren Rührigkeit in den meisten Bezirken den in der Provinz von einigen Landräthen patronisirten Klerikalen gegenüber für sich allein zu schwach ist, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Wahlen in vorwiegend katholischen Bezirken demnachst ausschließlich klerikal ausfallen. Die Fortschrittspartei hat in einigen Wahlbezirken sich allerdings den Klerikalen gegenüber organisiert. Um die Organisation auch in anderen zu fördern, ist im Auftrage des hiesigen Central-Wahlcomitès der Delegirte desselben für die Rheinprovinz, Abg. Eugen Richter, nach jener Provinz abgereist mit dem besonderen Auftrage, in denjenigen Kreisen die Verhandlungen zu fördern, welche auf ein Zusammenwirken der Fortschrittspartei mit den Nationalliberalen gegen die Klerikalen angewiesen sind. — Aus Graudenz verlangen liberale Wähler von hiesigen Führern der Fortschrittspartei die Aufstellung eines Candidaten ihrer Partei für den Wahlbezirk Marienwerder-Rosenberg-Graudenz an Stelle des bisherigen Abg. Stadtrath v. Hennig, dessen Wiederwahl zweifelhaft geworden. — Bekanntlich widerstrebt der frühere Abg. Prebiger Müller im 2. Berliner Wahlbezirk seiner Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten. Unter der Wählerkaste der Linken denkt man daran, den einen oder anderen freisinnigen Christlichen, z. B. Sydow, zur Candidatur aufzufordern, weil die Kirchengesetzgebung in ihrer weiteren Entwicklung sachkundiger Landboten bedarf. Selbstverständlich mußte sich ein geistlicher Candidat auch auf das übrige politische Programm der Fortschrittspartei verpflichten. — Geh. Rath Michaelis vom Reichskanzleramt, der mit einer speziellen Berichtserstattung über die Wiener Weltausstellung betraut worden, hat sein erstes Referat bereits eingefandt. — Schulze-Delitzsch erhielt von den politischen Notabilitäten Ungarns, sowie von den Genossenschaften dieses Landes dringliche Einladungen zur Theilnahme am Genossenschaftstage in Pest. — Moritz Sotay, ungarisches Reichstagsmitglied und Chefredacteur des „Hon“, Organs der Linken des ungarischen Parlaments, ist hier angekommen. Bekanntlich war Sotay der beredteste Fürsprecher im Pesther Unterhause für die Neutralitätspolitik Oesterreich-Ungarns beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

□ Posen, 15. Sept. [Die Schulkinder und die Kirche.

— Der Clerus.] Der Erzbischof Ledochowski liebt es, sich mit den Aposteln, mit dem Heilande und, wenn nicht anders ist, mit dem Papste zu identificiren. Die Verfolgungen einzelner Jünger Christi wendet er nicht ungeschickt, wenn auch mit sehr lebhafter Phantasie auf die Details seiner Conscienceangelegenheit mit der Staatsregierung an, dem Siege des Heilandes über die Welt und die Sünde vergleicht er seinen ewigen Sieg über die weltliche Macht, neben den Feilen Petri hat er den „Felsen Ledochowski“ gestellt, auf welchem die „polnische“ Kirche gebaut wird. Als die städtische Behörde den Schulkindern den Besuch der kirchlichen Visitationen verboten hatte, rief er sein „laßt die Kindlein zu mir kommen“ und Dank den eifrigen Bemühungen einiger niederen Geistlichen gelang es, ihm circa 60 Kinder aus armen polnischen Familien vorzuführen. Die armen Kinder, welche in das Dilemma des Gehorsams gegen die Eltern und der Schulgesetze geriethen, versahen der Schulstrafe, — einige fanatisirte ungebildete Mütter und Väter ließen sich zu Excessen hinreißen, stießen in Unterwerfungshand und barren einer wahrheitsgemäßen strengen Strafe. Die Schuld an diesen Vorfällen ist lediglich geistlichen Einflüssen zuzuschreiben und soll die Untersuchung in dieser Hinsicht bereits schätzbare Material ergeben haben. Der gebildeten polnischen Bevölkerung muß übrigens nachgerühmt werden, daß sie sich trotz der Hegerien der polnischen Presse nicht an ungeschicklichen Schritten betheiligte und ihre Kinder ruhig zur Schule geschickt hat. Beiläufig gesagt, sind von 600 katholischen Kindern nur die erwähnten 60 ungebührlich gewesen. Bei den nachfolgenden Visitationen, zu denen der Bischof in festlicher Aufahrt und in Gala-Costüm sich begab, sind gar keine Kinder erschienen. Die ultramontanen Blätter rühmen übrigens die guten Antworten der Kinder, ohne daran zu denken, daß die Kinder alle aus Stimmanschulen sind und daß diese Zeitungen mit ihrem Lobe beflügeln, daß der Religionsunterricht auch ohne die geistliche Schulaufsicht mit gutem Erfolge erteilt werden kann. — Mit Unrecht wird auch von sogenannten liberalen Blättern die Ansicht verbreitet, daß der Erzbischof im völligen Einverständnis mit der niederen Geistlichkeit sich befindet. Es giebt sehr viele und gerade sehr gebildete Priester, welche privatim ihre Besorgnisse über die Schroffheit ihres Oberhirten offen aussprechen. Die von der „Ostdeutschen Zeitung“ mitgetheilten Thatsachen sind trotz der energischen Dementis der „Germania“ begründet, weil sie aus geistlichen Kreisen selbst stammen. Ein neuer Beweis für die geringe Anhänglichkeit an den Oberhirten ist die Stellung, welche viele Geistliche den weltlichen Behörden gegenüber einnehmen. Ich höre aus guter Quelle, daß die Frage wegen Bildung einer altkatholischen Gemeinde bereits lebhaft ventilirt wird. Viele Geistliche lassen ihre Erbitterung durchaus nicht so merken, wie man es auf unserer Dominik wünscht. Ein Artikel in dem von dem erzbischoflichen Amte aus beauftragten „Kurier Pommerski“, dem Organ Rozmians glorreichen Angebens, ist während darüber, daß in Kobylin der Oberpräsident Günter bei seinem Besuch auch von dem Propste des Städtchens Sapperst und seinem Vicar Dandelski offiziell begrüßt worden ist. Das Pfaffenblatt sagt wörtlich: „Sie hatten die Ehre, auf dem rechten Flügel zu stehen, während der Rabbiner das Centrum und der evangelische Pastor den linken Flügel bildeten.“ In den gebildeten Geistlichen steht so viel Sinn für den Staat, daß sie nach Erlaß der Kirchengesetze die Stellung des Bischofs für ungehörig und auf die Dauer unhaltbar halten. Man hat aber auswärts kaum eine Ahnung von dem Druck, unter welchem unsere durch Rozmian vollständig jesuitisch organisierte Diocese leidet. Jede Spur von Aufsehung wird durch Entziehung materieller Vortheile sofort gehandelt. Wären die Einkünfte nicht mehr von dem Beschlusse des Capitels abhängig, wenigstens nicht entziehbar, wenn sie einmal verliehen sind, dann würde in der Geistlichkeit die Selbstständigkeit nicht so völlig erstickt sein. Aber jeder Vicar und jeder Propst weiß, wie streng der Erzbischof zu bestrafen weiß, jeder kennt die Geschichte von dem Priester Rymarkiewicz in Turck, der wegen einer geringen Beleidigung der erzbischoflichen Würde zwei Commendarien verlor, weil er, wie der Erzbischof ihm

mittheilte, überbürdet sei und daher erleichtert werden müsse. Sehr zahlreiche Fälle von Denuncationen gegen Priester, welche sich der strengen jesuitischen Zucht nicht unterordneten und streng bestraft wurden, haben eine große Unzufriedenheit im Clerus geschaffen, welche durch den Nepotismus bei Besetzung vacanter Stellen noch erhöht worden ist. Es ist daher durchaus nicht unmöglich, daß sich schon in nächster Zeit im Clerus eine Reaction zeigen wird; — sie wird um so eher hervortreten, je energischer die Staatsregierung auftritt. Das unter der Geistlichkeit allgemein herrschende Mißtrauen gegen die andauernde Energie der Regierung, oder was dasselbe ist, die allgemein verbreitete Furcht vor der Möglichkeit eines Umschwungs in Berlin läßt die Opposition nicht an die Öffentlichkeit treten. Dieser bedauerliche Zustand ist leider eine Folge der Erfahrungen, welche katholische Geistliche unter dem Ministerium von Mühler gemacht haben, eine Folge der bis in die neueste Zeit oft ventilirten Reactionsgelüste in Berliner Kreisen. Schon das Gespinnst der Reaction schadet der nationalen Sache in unserer Provinz.

Aus Westpreußen, 13. Septbr. [Verfügung des Ober-Präsidenten.] Man schreibt der „Th. Z.“: Vor mehreren Monaten fand unter dem Voritze des Ober-Präsidenten v. Horn in der polnischen Sprachangelegenheit eine Sitzung statt, an welcher 26 Ver-  
trauensmänner Theil nahmen. Jetzt hat der Oberpräsident eine Verfügung erlassen, in welcher es u. A. heißt:

„In allen Lehrgegenständen ist die Unterrichtssprache die deutsche. Ausgenommen hiebei ist nur der Unterricht in der Religion, einschließlich der Kirchenlieder auf der Unterstufe. In der Religion wird der Unterricht auf der Unterstufe den nicht deutschen Kindern in der Muttersprache erteilt, auf der Mittel- und Oberstufe dagegen in der deutschen Sprache, und darf hier die Muttersprache nur soweit gebracht werden, als die Vermittelung des Verständnisses es erfordert.“ (Nach den bisherigen Ministerialbestimmungen wurde der Unterricht in der Religion in polnischer Sprache den Kindern polnischer Zunge in allen 3 Abtheilungen erteilt. „Der Unterricht im polnischen resp. litauischen Lesen und Schreiben tritt bei den nicht deutschen Kindern erst auf der Oberstufe ein.“ (Zur Oberstufe gehören die Kinder in den letzten 3 Schuljahren, also vom 11. bis 14. Lebensjahre.) „Bei Schulen mit überwiegend deutschen Kindern kann auf spezielle Anordnung der k. Regierung dieser Unterricht ganz weggelassen. Die nicht deutsch redenden Kinder werden auf der Unter- und Mittelstufe nur im deutschen Lesen und Schreiben unterrichtet.“ (d. i. in den 5 ersten Schuljahren.)

Die k. Regierung hat die städtischen Schuldeputationen und Schul-Inspectoren angewiesen, auf die genaue Befolgung dieser Bestimmungen bei den ihnen untergebenen Lehrern zu achten.

Kassel, 13. Septbr. [Unsere renitenten Bismarianer] sind jetzt so weit, daß sie mit Herrn von Grawert eine Allianz aller Offenbarungsgläubigen — d. h. nicht bloß Christen, sondern auch Juden und Mahomedaner — gegen den „Geist der Aera Bismarck“ in die Schranken rufen. Deshalb fühlen sich die fünfundsiebzig Renitenten auch in ihrem Bewußtsein sehr angenehm durch eine Adresse berührt, welche katholische Geistliche aus dem „westfälischen Sauerlande“ wegen ihrer „edlen, unumwundenen und apostolischen Sprache“ die sie angeblich in ihrem an unsern König gerichteten Proteste gegen das Gesamt-Concordat geführt hätten, an sie zu erlassen sich gedrungen gesehen haben. Diese katholischen Geistlichen fühlen sich namentlich veranlaßt, den Renitenten ihre Zustimmung auszusprechen, weil auch unsere katholische Centrumpartei „sich gegen das Gesamtconcordat“ in dem Abgeordnetenhaus ausgesprochen habe. Der Schreiber der Adresse begrüßt daher im Namen vieler Confratres die Bismarianer als „unsere Kampfgesossen gegen das heidnische Princip eines omnipotenten Staates“ und schließt seine Epistel: Gebe Gott zum Heile des deutschen Vaterlandes, daß bald die staatliche Anerkennung einer selbständigen Kirche Christi für Protestanten und Katholiken durch unsere gemeinsame Ausdauer wieder gewonnen werde, insbesondere wünschen wir Ihnen die baldige Erfüllung Ihrer gerechten Forderung.“ Wenn man das ganze Schreiben der Sauerländer auch als eine Mystification ansehen genötigt sein sollte, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß sich unsere Bismarianer gar nicht mehr schämen, in kirchlichen Dingen mit den Ultramontanen, freilich auch even-

wer konnte es auch vermuthen, daß der einfache Schiffer, der kaum hochdeutsch sprach, französisch verstand.

Lohrmann entging kein Wort der ganzen Unterredung Contades mit seinen Officieren. Stramm und stumm stand er da, und mit scheinbar gleichgültigen Blicken sah er auf seine Umgebung, in seinem Innern aber tobte es mächtig.

Wartet, dachte er, ihr haltet mich wohl für dumm genug, auch den Stiel zu holen zu der Art, mit welcher ihr uns auf den Kopf schlagen wollt, aber Jockst Lohrmann ist ein Minden-Ravensberger, d. h. auf Deutsch, Herr Franzose, er ist seinem Könige treu, so lange sein Herz noch schlägt.

Dem Dollmetscher aber erwiderte er, als dieser ihn mit Strenge an die gewissenhafte Ausführung seines Auftrages mahnte: „Ich werde meine Schuldigkeit thun, so wahr ich Lohrmann heiße.“ Er ging nach Haus, nahm Abschied von Frau und Kind, ohne sich etwas von seiner Mission merken zu lassen, und gab vor, für den Herrn Bürgermeister über Land gehen zu müssen und vielleicht bis zum folgenden Tage fort zu bleiben. Dann kehrte er zum Marschall zurück, seinen Auftrag in Empfang zu nehmen. Vor seinen Augen wurden nun die Schuhe verpackt, vor seinen Ohren aber war das Geklimm ja längst verhallen.

„Von der Besorgung hängt Euer Lohn ab“, sagte der Beamte, als Lohrmann fortgehen wollte, „oder das Schicksal Eurer Frau und Kinder.“

Das war also der Grund, woran die Bedingung eines verheiratheten Mannes knüpfte. Nicht das eigene Leben forderte man von ihm, nein, die Zukunft derer, die ihm am nächsten auf der Welt standen. Diese Worte machten freilich sein Herz noch heftiger schlagen, aber dennoch antwortete er noch einmal fest und bestimmt: „Ich werde meine Schuldigkeit thun.“

Der Bürgermeister stand neben ihm, als er diese Worte sprach, und Zweifel ergrieffen sein Herz ihm gegenüber — konnte er wirklich dem Feinde seines Vaterlandes mit solcher Bereitwilligkeit dienen? dann hatte er sich leider sehr in ihm geirrt.

Besorgt trat er zu ihm heran, als sie Beide das Zimmer verließen, und leise flüsterte er zu ihm: „Lohrmann, Lohrmann, bedenkt, was Ihr thut!“

„Herr Bürgermeister, ich weiß, was ich thue“, erwiderte er, und stieg mit den Worten auf einen Botwagen, welcher vor dem Rathhause hielt und ihn bis an das nächste Dorf mitnehmen sollte. Angeworfen im Dorfe Barfhausen, ließ er, der alle Wege genau kannte, durch die Porta über den Ramm des Berges nach Hille, dem Hauptquartier des Herzogs Ferdinand von Braunschweig.

Nach wenigen Stunden schon hatte er den Weg zurückgelegt.

„Führt mich zum Herzog!“, rief er einem vorübergehenden Soldaten zu. Dieser begleitete ihn vor das nächste Haus. Lohrmann stürzte hinein, als er von einem Officier ziemlich barsch angehalten wurde, rief er laut: „Ich muß den Herzog sprechen!“

„Dann werde ich Euch melden lassen.“

„Es hat Eile, Herr Officier, haltet mich nicht unnütz lange auf, ich muß zum Herzog!“ rief er jetzt noch lauter.

Der Herzog hörte den Lärm an seiner Thür, öffnete sie und trat hinaus.

„Das ist der Herzog selbst“, sagte der Soldat, der ihn hergeführt hatte.

Nun ließ sich Lohrmann nicht länger zurückhalten, er eilte auf ihn zu.

„Herr Herzog, ich muß Euch sprechen, aber ganz allein“, sagte er, einen Seitenblick auf die Umstehenden werfend.

„Woher kommt Ihr?“ fragte der Herzog finster.

„Das kann ich auch Euch allein nur sagen.“

Der Herzog gab ein Zeichen, und Alle entfernten sich.

Nun holte Lohrmann das Packet aus seiner Tasche.

„Ich bin ein Mindener Bürger, Herr Herzog, und bringe Euch ein Geheimniß, das, so Gott will, uns nützen wird, wenn's in Eure Hände kommt. Dies Packet enthält ein Paar Schuhe des Marschalls von Contades an den Herzog von Brissac, aber die Schuhe enthalten ein Papier, eine Nachricht, für Euch und für uns alle.“

Lohrmann riß nun mit feierhafter Hast die innere Sohle des Schuhs los, und mit vor Aufregung zitternden Händen überreichte er dem Herzoge ein fein beschriebenes Blättchen Papier.

Es war ein Befehl des Marschalls von Contades an den Herzog von Brissac, am 1. August den Erbprinzen von Braunschweig anzugreifen, an demselben Tage werde man auch den Herzog Ferdinand von Braunschweig in der Ebene von Minden angreifen.

Der Herzog las die Zeilen, seine Augen leuchteten und alle Zeichen der Sorge schwanden aus seinen Zügen. Dann reichte er Lohrmann die Hand indem er sagte:

„Euer Werk ist noch nicht vollendet, braver Mann, Ihr müßt noch heute die Schuhe an ihre richtige Adresse bringen, um durch Euer Ausbleiben keinen Verdacht zu erregen, selbst wenn Ihr ermüdet sein solltet von dem weiten und rasch zurückgelegten Weg hierher.“

„Und wäre der Weg noch einmal so weit, Herr Herzog, er würde mir nicht schwer“, erwiderte Lohrmann.

Der Herzog nahm Abschied von dem wichtigen Papier, ließ das Original wieder sorgfältig zwischen die Sohlen legen, die Schuhe verpacken, und Lohrmann trat sogleich seinen Rückweg wieder an und war noch vor einbrechender Nacht in Perford.

Der Herzog von Brissac nahm die Schuhe in Empfang und ließ ihm dann sagen, daß er in Minden seinen Lohn erhalten werde.

Lohrmann begab sich am folgenden Morgen zu den Truppen des Herzogs von Braunschweig zurück und machte unter seiner Fahne die Schlacht bei Minden mit, die am 1. August 1759 gekämpft und wo die französische Armee besiegte wurde.

Am folgenden Tage ließ der Herzog von Braunschweig den treuen Lohrmann zu sich kommen, belobte ihn öffentlich und beschenkte ihn dann reichlich.

Am 1. August 1859 setzte man unter dem Jubel einer ganzen

Bevölkerung das Denkmal der Schlacht bei Minden, nachdem am Morgen das Comité den Nachkommen des braven Lohrmann ein ansehnliches Geldgeschenk gemacht hatte, da dieselben leider in dürftigen Verhältnissen lebten.

An schönen Frühlingslagen sieht man jetzt oft die frohliche Schulschule, mit ihren Lehren an der Spitze, nach dem Denkmal wandern, dort wird ihnen die Geschichte der Schlacht bei Minden und des braven Lohrmann oft wieder erzählt, aber immer mit demselben Interesse folgen sie der Erzählung und hoffentlich ist keiner unter ihnen, der es nicht auch wie Jockst Heinrich Lohrmann machen möchte. (Dr. Volkstbl.)

[Karl Wilhelm und Fürst Bismarck.] Nachdem sich die Gräfin über dem unsterblich gewordenen Condichter der „Wacht am Rhein“ geschlossen hat, wird es vielleicht von allgemeinem Interesse sein, wenn die Modalitäten, unter denen dem Verstorbenen durch den Hochsinn des Fürsten Bismarck ein bleibender Nationaldank zu Theil wurde, in authentischer Weise der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Anregung ging von dem damals in Dresden, gegenwärtig in Lübeck, domicilirten Ausschuss des deutschen Sängerbundes aus, welcher zwei seiner hervorragendsten (damals gerade zum Reichstage in Berlin weilenden) Mitglieder zur persönlichen Übergabe der betreffenden Petition an den Reichskanzler deputirt hatte; welche entgegenkommende Aufnahme dieser Schritt gefunden, ergeben die folgenden Schriftstücke:

An den Geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Sängerbundes, z. B. des Herrn Heinrich Harwig, Wohlgeboren, Dresden.

Berlin, 23. Juni 1871. Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Sängerbundes wird in Erwiderung auf die gefälligen Zuschriften vom 26. v. M. ergebenst benachrichtigt, daß die Reichshauptkasse angewiesen worden ist, dem Herrn Musikdirector Karl Wilhelm zu Schmalkalden die Summe von 1000 Thln. auszusahlen. Es besteht dabei die Pflicht, Herrn Wilhelm alljährlich den gleichen Betrag anweisen zu lassen. Das mitunterzeichnete Schreiben an den Magistrat der Stadt Schmalkalden vom 16. August v. J. erfolgt anbei ergebenst zurück. Der Reichskanzler. (Geg.) v. Bismarck.

An Herrn Musikdirector Karl Wilhelm, Wohlgeboren, zu Schmalkalden.

Berlin, 23. Juni. Sie haben durch die Composition von Max Schneckenburger's Gedicht „Die Wacht am Rhein“ dem deutschen Volke ein Lied gegeben, welches mit der Geschichte des beendeten großen Krieges untrennbar verknüpft ist. Entstanden zu einer Zeit, wo die deutschen Rheinlande in ähnlicher Weise wie vor einem Jahre von Frankreich bedroht erschienen, hat „Die Wacht am Rhein“ ein Menschenalter später, als die Drohung sich verwirklicht, in der begeisterten Menschenliebe, mit welcher unser Volk bei ihm aufgedrungenen Kampf aufgenommen und bestanden hat, ihren vollen Anlang gefunden. Ihr Verdienst, Herr Musikdirector, ist es, unsern letzten großen Erhebung die Volksweise geboten zu haben, welche dabei wie im Felde dem nationalen Gemeingefühle zum Ausdruck gedient hat.

Ich folge mit Vergnügen einer mir von dem Geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Sängerbundes gemachten Anregung, indem ich der Anerkennung, welche Ihnen von allen Seiten zu Theil geworden ist, auch dadurch Ausdruck gebe, daß ich Sie bitte, die Summe von 1000 Thln. aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzleramtes anzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, Ihnen alljährlich den gleichen Betrag anbieten zu können. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, Ihnen die für das laufende Jahr bestimmte Summe alsbald gegen Quittung auszuzahlen.

Der Reichskanzler. (Geg.) v. Bismarck.



